

Porto zahlt  
der  
Empfänger!

Gewerkschaftlicher  
Linksblock  
Hugogasse 8  
1110 Wien

## Antwortkarte

Ich ersuche um Infomaterial:

- Falter Selbstverständnis
- Falter GLB
- GLB-Jahreskalender 2009
  - GLB-Sechsjahreskalender 2009-2014
- Probeexemplar "Die Arbeit"

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB), Hugogasse 8, A-1110 Wien, Telefon +43 664 6145012, Mail office@glb.at; Web www.glb.at, Verlags- und Herstellungsort: Wien.

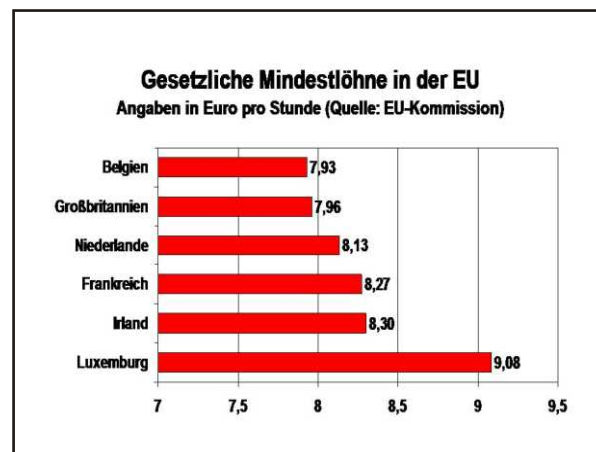
## Warum per Gesetz?

Die Gewerkschaften haben sich sozialpartnerschaftlich den Standortwünschen der Unternehmerseite angepasst und damit **in der Lohnpolitik versagt**. Prozentuelle Lohnabschlüsse haben die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen vergrößert.

Nicht einmal der von der Regierung angekündigte Mindestlohn von tausend Euro brutto (das sind magere 5,68 Euro pro Stunde bei einer 40-Stundenwoche bzw. 820 Euro netto) ist per General-Kollektivvertrag für alle Branchen durchsetzbar. Nur branchenweise und erst in einigen Jahren soll er kommen.

**In 20 der 27 EU-Länder gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn.** Ein solcher war nirgends schädlich für die Beschäftigung, im Gegenteil wurden Lohnunterschiede und die Benachteiligung der Frauen reduziert.

Ein Mindestlohn stellt die Kollektivvertragshöhe der Gewerkschaften nicht in Frage. Er unterstützt diese im Gegenteil sogar, weil er auch in jenen Branchen und Betrieben wo es keine Gewerkschaften gibt **Mindeststandards durchsetzt**.



# Ein Lohn zum Leben!



## Für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde!

Gewerkschaftlicher  
Linksblock  
www.glb.at



## Die Löhne bleiben zurück

Die realen Nettolöhne sind in Österreich **im Jahre 2008 (bei einigem auf und ab in den vergangenen Jahren) nicht viel höher als 1990**. Die sinkende Lohnquote illustriert einen negativen Trend.

Die Kosten für Wohnen, Energie und andere Grundbedürfnisse **steigen hingegen überdurchschnittlich**, BezieherInnen kleiner Einkommen sind davon besonders stark betroffen, gerade ihre Einkommen bleiben aber zurück.

Immer mehr Menschen sind prekär (Teilzeit, geringfügig usw.) beschäftigt. Sie sind doppelt betroffen: Durch zu geringe Stundenanzahl und zu niedrigem Lohn. Immer mehr Menschen kommen mit ihrem Einkommen immer weniger aus und werden von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen und damit **grundlegender Menschenrechte beraubt**.



## Arm trotz Vollzeitarbeit

Ein Grundgedanke des Sozialstaates, dass Menschen ohne Vermögen wenigstens **durch ihre Arbeit am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt** werden, wird immer mehr ausgeschaltet.

Viele müssen Zusatzjobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Besonders betroffen von niedrigen Löhnen sind **Beschäftigte in Kleinbetrieben, Frauen und im Dienstleistungsbereich**.

Wenn es um die Löhne geht, schalten die Unternehmer die geheiligten Grundsätze des Wettbewerbs aus. Am liebsten hätten sie möglichst viele Niedriglöhne und behaupten dazu noch zynisch, damit würden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Damit es zum Leben reicht, soll der Staat durch **Kombilöhne oder die geplante bedarfsorientierte Mindestsicherung** nach dem Vorbild von "Hartz IV" in Deutschland auf Kosten der SteuerzahlerInnen draufzahlen.

## Mindestlohn ist finanzierbar

Während die Löhne stagnieren, **steigen die Profite und Millionenvermögen** in astronomische Höhen. **Ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel des Vermögens**, weitere neun Prozent das zweite Drittel, die restlichen 90 Prozent müssen sich das letzte Drittel teilen.

Den **77.700 MillionärInnen stehen über eine Million armutsgefährdete Menschen** gegenüber, die weniger als 893 Euro monatlich zum Leben haben. 230.000 Menschen verdienen trotz Vollzeitarbeit sowenig, dass sie armutsgefährdet sind.

**Österreich ist das viertreichste Land der EU**. Die Produktivität der Wirtschaft hat durch die Leistung der Beschäftigten eine beispiellose Rekordhöhe erreicht. **Ein Lohn, der zur Existenzsicherung reicht**, ist also finanzierbar. Eine Vollzeitwerbsarbeit muss eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.

